Rok 11 Nr. 34

OBERSCHLESIENS ECHO

Eine Beilage des „Głos Górnego Śląska“, welche zur Aufdeckung und Beilegung jeglicher Mißstände dient

Der Schlesische Sejm im Spiegel der Zeit

I. Der Sejm in der Meinung des Schlesischen Volkes

Das schlesische Volk setzte grosse Hoffnungen in den Sejm. Dazu hatte es ein gutes Recht! Hat der Sejm aber diesen Erwartungen entsprochen? Nein! Nicht im Entferntesten! Das Volk verlangt mehr! Es will Recht und Gerechtigkeit und Schutz gegen die Uebergriffe zugew. Beamten. Denn wozu hätten wir sonst ein Parlament? Damit es zu allem Ja und Amen sagt, was der Herr Wojewode will? Das Volk hat diese schlappe Vertretung seiner Interessen endgültig satt! Es muss aufgeräumt werden mit der kleinpolnischen Vorherrschaft in Schlesien, die Zeit ist schon herangereift und das Volk verliert die jahrelange Geduld.

Ein grosser Fehler war es, nichtschlesische Abgeordnete in den Sejm zu wählen, die nur ein vermindertes Interesse haben können bei der Verteidigung des schlesischen Volkes. Bei den verschiedenen Fragen im Sejm kann man deutlich beobachten, mit wie wenig Energie die Verhandlungen geführt werden. Oft lassen sich die Abgeordneten durch vorläufige Erklärungen u. Ausflüchte der Wojewodschaftsvertreter düpieren und die entsprechenden Resolutionen fallen blass aus oder werden nicht erschöpfend behandelt. Das aber gerade will die Wojewodschaft. Und so wird dann der Sejm zu einem politischen Fragezeichen fürs Volk. Wenn er sich selbst nicht hochstellt, wer soll ihn sonst erheben! Warum lässt er sich ständig durch die Regierungspartei einschüchtern? Sollten wirklich keine grösseren Geister in der Opposition vorhanden sein als diese Schreier bei der Sanacja?

Warum hat man ferner so viele alte Herren gewählt? Diese Greise sind ohne Feuer, ohne Esprit. Darum erlebt auch die Opposition, obgleich sie im Recht ist, so oft ein politisches Jena und Auerstädt. Die Preussen verloren damals diese Schlachten, weil die Offiziere zu alt und kraftlos waren. Soll auch das schlesische Volk die grosse Entscheidungsschlacht verlieren, die in naher Zukunft im Sejm wegen der Autonomie geschlagen werden wird?

Viele Abgeordnete der Opposition sind ferner parteipolitisch nicht einwandfrei. Es gibt z. B. Abgeordnete in **der Korfantypartei, die mit den Sanatoren eng befreundet sind.** Wie soll da die Arbeit vorwärts gehen, wenn sie ständig gebremst wird. Diese unklare Haltung einzelner Abgeordneter hat sich besonders in der Zeit der Gefangenschaft Korfantys in Breść gezeigt. Damals wären beinahe einige dieser Herren zu den Sanatoren übergegangen, und Korfanty sässe heut noch in Breść.

Auf solche Männer aber kann das schlesische Volk nicht bauen. Es wäre besser, wenn der Sejm aufgelöst werden könnte. Bei den Neuwahlen verliert aber die Sanacja mit Pauken und Trompeten. Und dann gibt's reinere Luft! (Aber Korfanty auch!)

II. Das Sejmbüro

Das Sejmbüro ist zum Schmerzenskinde des schlesischen Volkes geworden. Mit der „Regierung“ des Herrn Piotr Pampuch wird selten ein Oberschlesier zufrieden sein. Herr Pampuch weiss das und drückt bei jeder Gelegenheit seine Missachtung gegenüber den Oberschlesiern aus. Und die Oberschlesier wissen, warum sie ihn nicht lieben.

Gewiss sind in letzter Zeit mehrere Oberschlesier im Sejmbüro engagiert worden, ob dies aber aus zu grosser Anhänglichkeit Pampuchs an die Oberschlesier erfolgte, ist eine Frage. Jedenfalls ist gewiss, dass das Engagement erfolgte, als gerade die Schreie der hungernden schlesischen Arbeitslosenmassen zu den Fenstern des Sejmdirektors hinaufdrangen, als es in Zawodzie Tote und Verwundete gab! Das musste auch auf den galizisierten Geist Pampuchs eingewirkt haben, denn er fing endlich an, den Ereignissen auf der Strasse Rechnung zu tragen.

Man erzählt hiervon in den Wandelgängen des Sejm eine pikante Anekdote, die durchaus den Anspruch auf Wahrheit macht.

Als man zur Besetzung der Posten in der Sejmbibliothek schritt, bemühten sich gewisse Nichtoberschlesier um die Berufung von „Fachleuten“ aus Galizien, natürlich aus ihrem Bekanntenkreise! Herr Pampuch stellte nun aber fest, dass diese akademischen „Swoi“ in ihren Zeugnissen keine Fachkenntnisse vorweisen konnten. Auf seinen Einwand hin bemerkte einer der Galizier, man könne doch diese Herren nach ihrer Engagierung zu einem speziellen Kursus schicken. Da meinte Herr Pampuch ganz vernünftig, man könne dann auch die Oberschlesier zu einem Kurs schicken! Und so fiel die Wahl auf Dr. Prus! Das war wirklich eine gute Antwort Pampuchs! Die einzige?

Mit anderen Angestellten hat aber Pampuch eine weniger glückliche Wahl getroffen. In aller Erinnerung steht noch eine Stenotypistin, eine Frau P., gebürtige Oberschlesierin, aber grosse Sanatorin. Diese Dame besass die Kühnheit, eines Tages zu erklären, dass man den Sejm auseinanderjagen müsste. Sie wäre dafür, denn sie stehe auf Seiten des Wojewoden. — Und solch eine Person lebte von Sejm, ass doch sein Brot! Als die Sache bekannt wurde, zog sie es vor, freiwillig zu gehn.

Neulich wurde eine andere Stenotypistin engagiert. Gebürtige Oberschlesierin, verheiratet mit einem galizischen Ingenieur. Diese Dame behauptete, dass sie keinen Schlesier heiraten konnte, da die Schlesier ihr nicht intelligent genug seien! — Es klingt wie offener Volksverat! Möge doch diese Frau mit ihrem galizischen Gemahl bald nach dem geliebten Galizien verschwinden. Das ist unser sehnlichster Wunsch! Oder schmeckt ihr das schlesische Brot zu sehr? Sonst heisst es doch: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe!“

Nächstens werden wir uns noch mit anderen przybysze beschäftigen, z. B. Siara, Kamieniecka, Cieszewska, Robinson usw. Das wird noch viel Staub aufwirbeln!

Das Kernproblem der schlesischen Autonomie

Von Dr. Glücksmann.

I.

Einstmals, das reicht schon bald 11 Jahre zurück, da hatte man in Polen sehr eilig

ein Verfassungsgesetz,

das sogenannte Organische Statut für die schlesische Wojewodschaft zu beschliessen. **Gesetzeskraft erlangte diese schlesische Konstitution am 15. Juli 1920.**

Es waren sicher gewichtige Beweggründe, welche den polnischen Sejm bewogen haben, dieses Organische Statut zwei Jahre vor Angliederung Polnisch-Oberschlesiens an die polnische Republik zum Gesetz zu erheben. Diese Beweggründe, die mit den Plebiszitkämpfen und der Beeinflussung ihres Ergebnisses in engster Verbindung stehen, sind alsbald in Vergessenheit geraten.

Im ersten Schlesischen Sejm gab es keine Partei, die konsequent den autonomistischen Standpunkt vertreten hätte. Er war gemäss der Bestimmung des Art. 14. dazu berufen, ein Verfassungsgesetz für die schlesische Wojewodschaft zu beschliessen. Trotz des greisenen Alters, welches der erste Sejm erreicht hat (fast 6½ Jahre), hat er diese Pflicht nicht erfüllt. Allerdings kann die Schuld nicht ausschliesslich dem Schlesischen Sejm zur Last gelegt werden. Er konnte nur urgieren, denn das Gesetzesprojekt selbst sollte laut Art. 5, der Ministerrat im Einvernehmen mit dem Wojewodschaftsrat entwerfen. Aber auch keine Mahnungen sind vom ersten Schlesischen Sejm ergangen, denn man schenkte diesem Problem keine besondere Achtung.

Der zweite Schlesische Sejm ergab eine klare Mehrheit, die mit aller Entschiedenheit den autonomistischen Standpunkt vertrat. Dies führte zu Konflikten, die mit einer jähen Auflösung des zweiten Sejms endeten.

Der dritte Sejm setzt die Politik des zweiten fort. Die Konflikte mehren sich. Nach neunjährigem Bestande der schlesischen Autonomie hat nicht eine einzige strittige Bestimmung der schlesischen Verfassung eine Klärung erfahren.

Der Gesetzesentwurf für eine neue schlesische Verfassung ist schon fertig. Zwischen dem Ministerrat und dem Wojewoden ist das Einvernehmen erzielt. Den Mitgliedern des Wojewodschaftsrates ist bereits das Verfassungsprojekt zwecks Studiums eingehändigt worden. Nur der Sejm konnte bis nun zu diesem Entwurf keine Stellung nehmen, trotzdem der Wojewode die Wichtigkeit dieses Problems mehrfach und nachdrücklichst unterstrichen und die rasche Vorlage versprochen hat.

Naturgemäss spielt sich der Streit auf dem Boden der noch bindenden Verfassungsbestimmungen ab, stellenweise mit schärfster Heftigkeit.

Schon kurz nach Eröffnung des zweiten Schlesischen Sejms, verlangte dieser die Unterbreitung zweier „Budgets“, die in der sejmlosen Zeit „beschlossen“ wurden, und eine Indemnisation derselben.

Diese Forderung wurde vom Wojewoden abgelehnt, da „diese Budgets vom Wojewodschaftsrat beschlossen worden, welcher eine Emanation des Sejms bilde, und daher in der sejmlosen Zeit zur Beschliessung des Budgets befugt sei.“ Der Konflikt entbrannte. Er wurde nicht regelrecht ausgetragen. Die Auflösung des „rebellischen Sejm“ hat die Möglichkeit einer autoritativen Klärung dieser Angelegenheit unterbunden. Die Frage blieb offen.

Nach Auflösung des ersten Schlesischen Sejms entstand eine sejmlose Zeit, welche 1¼ Jahr dauerte. Entgegen den Bestimmungen des Art. 22, der die Ausschreibung von Neuwahlen binnen 75 Tagen anordnet, erfolgten die Neuwahlen erst nach fast 5 Mal so langer Frist.

Auch diese Streitfrage blieb offen.

Im dritten Schlesischen Sejm entstand eine neue Verfassungsstreitfrage in Verbindung mit der Auslegung einer ganz klaren Bestimmung des Art. 51, Abs. 3, der Schlesischen Verfassung.

Zur Linderung der Arbeitslosennot beantragte der sozialistische Abgeordnetenklub die Einführung **einer Krisensteuerr in der Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer.**

Wieder einmal widersetzte sich diesem Gesetzesprojekt der Wojewode und in einem im Einvernehmen mit der Regierung abgefassten Schreiben an die Budgetkommission, verstieg er sich so weit, dass er eine Bestimmung der Schlesischen Verfassung als eine deklaratorische (feststellende) bezeichnete...

Das Heruminterpretieren der Gesetzesbestimmungen in Polen gedieh so weit, dass diese in deklaratorische (feststellende) und obligatorische (bindende) geteilt werden.

Welche haben einen deklaratorischen u. welche einen obligatorischen Charakter?

Die Teilung ist eine einfache. Was mir passt, ist obligatorisch, was mir nicht passt, ist lediglich deklaratorisch. Eine schreckliche einfache Gesetzesauslegung...

Das Merkwürdigste an all diesen Verfassungsstreitigkeiten ist der Umstand, dass der Vorsitzende des Wojewodschaftsrates, zugleich Wojewode, der in erster Linie hierzu berufen wäre, die autonomen Befugnisse des Sejms zu wahren, in diesem Kampfe immer auf der Gegenseite der Front zu finden ist. Dies trotz aller Versicherungen, dass ihm die Angelegenheit des Ausbaues der Schlesischen Autonomie sehr angelegen sei.

Den Kernpunkt der Autonomie bildet begreiflicherweise die Frage der Finanzen.

Auch dieses Problem bildet den Gegenstand des Verfassungsstreites. „Volkswille“.

Es wäre die höchste Zeit, dass mit den Sammlungen für die Kathedrale Schluss gemacht wird!

Wir lesen in der Presse — nach Schluss eines jeden Monats — wieviel für die Kathedrale gesammelt worden ist. Im Monat Juli 1931 gaben 31 Spender zusammen **2.265,92 zł.**

Unter diesen befindet sich auch ein Pfarrer Sobociński aus Samoklęski, der 2 (wörtlich **zwei złoty**) gegeben hat, dann ein Ingenieur Tad. Krechniecki aus Lwów mit **1 (einem) zł.**

Also „Riesenspenden"!

Aber nicht darum geht es diesmal. Es handelt sich vor allem, was mit dem Gelde gemacht wird?

Festzunageln sei, dass nicht die Kathedrale, sondern das Gebäude für die bischöfliche Kurie gebaut wird. Dann aber reichen doch die Spenden kaum für die Unterhaltung der Bauleitung, so dass für den Bau an sich nichts übrig bleibt. Und das Volk wird in dem Glauben gehalten, dass die Katedra Śląska bereits unter Dach ist, zumal in den ersten 3 Jahren über 4 Millionen Złoty verpulvert worden sind, und die Katedra Śląska ist kaum aus den Fundamenten zu sehen.

Es wäre am besten entweder den Bau überhaupt einzustellen und zwar so lange, bis etwas mehr Geld da sein wird.

Bis zu dieser Zeit müsste die Bauleitung geschlossen werden. Vorher aber müssten die bisher ausgeführten Bauarbeiten so weit gesichert sein, damit sie nicht durch die athmosphärischen Niederschläge geschädigt würden.

Wenn es so weiter gewurstelt wird, dann werden nur die gesammelten Gelder für die Bauleitung (Margold aus Lwów et consortes) verausgabt. **Die Bevölkerung kann dann 1000 Jahre sammeln und die Katedra wird noch nicht entstehen.**

Bei dieser Gelegenheit eine Frage: Ist auch dort die Firma „Polbeton" beschäftigt? — Wenn ja, dann bitte beim Zakład Ubezpieczeń in Król. Huta anzufragen, **weshalb der Zakład dieser Firma die Arbeiten entzogen hat?**

Herr Starosta Korol,

sehen Sie sich einmal die Wirtschaft in der Pow. Kasa Komunalna in Tarn. Góry an!

Ohne Zweifel würde mit Fug und Recht ein Oberschlesier, ja sogar ein Flüchtling mit dem Posten des Starosten in Tarn. Góry beauftragt. Der bisherige Starosta Palla — Bocheński ging auf ein anderes Amt desgleichen Ranges.

Herr Korol ist ein Oberschlesier, dazu hat er das Recht und die Wojewodschaft die Pflicht, dass er Starosta werde.

Nun aber hat Herr Starosta Korol Aufgaben zu erfüllen, die nicht gering sind. Sein Vorgänger hat nach seinem Ermessen gewirtschaftet.

Dort wurden in der Kommunal-Kreissparkasse pensionierte Offiziere angestellt; Juden aus verschiedenen Städten (Kanarkes et consortes) wurden Anleihen gewährt, die wohl noch nicht regelrecht abgezahlt worden sind.

Um dem abzuhelfen, raten wir dem neuen Herrn Starosta, er möge sich dieser Kasse gerade annehmen, auf dass von dort die Sanierung und Sparsamkeit kommt.

Von dort muss angefangen werden, Panie Starosta!

Hat noch weiter Stasiu Rudniewski den Wurstwarenkiosk in Katowice ul. Jana?

Stasiu Rudniewski soll früher Rudzik geheissen haben, in Amerika gewesen sein und dann in Bydgoszcz einen ähnlichen Vorfall gehabt haben, wo er auch „aus Notwehr" einen Menschen erschlagen haben sollte.

Hier brüsquiert sich Stasiu weiter.

Hat der Magistrat nicht einen besseren für den Kiosk auf der ul. Jana (neben der Unterführung)?

Auf je 5 Arbeiter je 1 Beamter

70000 zł. : 100 = 72000 zł. : 500

Auf welche Weise die Arbeiter beaufsichtigt u. zur Arbeit von den Kapitalisten angetrieben werden, davon zeugt wieder folgender Fall.

In einer Hütte in der Nähe von Katowice sind nur noch 500 Arbeiter dafür aber 100 Beamten beschäftigt.

In jedem Monat werden Löhne gezahlt. Die 500 Arbeiter erhielten 70.000 zł. zusammen (pro Kopf **140 zł.**), die 100 Beamten aber 72.000 zł. (pro Person **720 zł.**).

Daraus ersieht man die „Liebe" der Kapitalisten zu den Arbeitern.

Die Arbeitervertreter und Gewerkschaftler drohen mit papierenen Protesten, die Kapitalisten lachen sich eins ins Fäustchen und die Unterdrückung der Arbeiterschaft wird immer gewaltiger.

Schlesischer Aeroklub

Auch hier fehlen 3000 zł.

Am 19. August d. Js. fand im Konferenzsaal der Eisenbahndirektion Katowice die Generalversammlung des schlesischen Aeroclubs statt.

Merkwürdig erscheint uns, dass man immer noch für diesen Klub ein Interesse zeigt, trotzdem s. Zt. Herr Rosada aus Mysłowice vor Gericht erklärte, dass Charna's auch hier über **3000 Zł.** sich angeeignet hat und die „Flug"-Kasse ausgeflogen ist. Komentar überflüssig.

Soll die Schlamperei weiter gehen?

Noch ist Otto-„Powelskis" Affaire gerichtlich nicht entschieden, und schon saust der neue Direktor Poseł Wieczorek im Auto der Budowlana Kasa Oszczędności i Pożyczek herum.

Von der ul. Słowackiego bis zur ul. Mikołowska ist doch nur ein Katzensprung. **Muss Wieczorek diesen Weg per Auto machen.**

Braucht die Kasa Budowlana überhaupt und noch **dazu 2 Autos?** — Wird dadurch die Kasa genesen? Wir glauben kaum.

Wer den Poseł Wieczorek dem Gerricht als Bankmenschen empfohlen hat, der scheint auch nicht gewusst zu haben, wie tüchtig p. Władek ist.

Wer gibt dem Gericht die Garantie, dass aus der Kasa unter dem jetzigen Vorstand wieder nicht eine dritte Affaire herrauskommt? — Weshalb beruft man nicht die Generalverrsammlung der Mitglieder ein?

Wagon 300 centnarów dyni zniszczono i wywieziono je na śmietnik

gdyż kupiec nie mógł zapłacić 4 tysiące zł. cła za nie, za który to towar byłby osiągnął maximum 3 tysiące zł.

W ubiegłym tygodniu sprowadził pewien kupiec wagon zagranicznych deń (Melonen), których w Polsce otrzymać nie można. Wartość towaru w razie sprzedaży wynosiła **3 tysiące złotych.** Ajencja Celna zażądała od tego towaru **4 tysiące zł. cła.** Kupiec nie mogąc tego rodzaju cła zapłacić, oświadczył gotowość podarowania tego towaru.

Jednakowóż sprowadzono wozy, towar **zniszczono i odwieziono do Rawy, ażeby cuchnąca Rawa dostała pewnego rodzaju odmiany zapachu, ciągnąc za sobą zagraniczne melony.**

Ludzie, wiedząc o tem, zgłaszali się, celem wykupienia lub zakupienia towaru. **Nie pomogły prośby, gdyż tak nakazano.**

Jeden z kupców chciał wykupić cały wagon za **2 tysiące zł.** Ale i to nie pomogło, gdyż taki był rozkaz.

Miarodajny czynnik nie weźnie nam chybą za złe, że sprawy tego rodzaju poruszamy i stawiamy pod pręgież opinji publicznej. O ile się nie mylimy, istnieje jakiś okólnik jednego z Ministerstw, mocą którego należy taki towar sprzedać w razie nie zapłacenia cła, ażeby uniemożliwić i uchronić go przed zupełnem zepsuciem.

Postępowanie tego rodzaju zakradła wprost na kpiny z tzw. akcji oszczędnościowej ze strony Władz Państwowych. — Może nam odnośna władza znowu zarzuci, że **działamy na jego szkodę.** W danym wypadku uniewinienia niema ani też żadnego usprawiedliwienia, gdyż ta władza winna wiedzieć, że **2 tysiące zł.** w obecnym czasie dla Skarbu Państwa też coś znaczą. Gdyby nie było sprzedawano dla ludności, mogłaby ta władza może więcej utargować.

To co się powyżej stało, winno znaleść oddwięk w Najwyższej Izbie Kontroli. Gdyby nawet nie było przepisu ustawy, to w interesie obecnego kryzysu gospodarczego powinno się było znaleść środek, aby tego rodzaju rzeczy załatwić.

To znowu cechuje dbanie o dobrobyt Ludności Tubylczej ze strony czynników miarodajnych.

—ooo—

Około 400 kolejarzy z D. O. K. P. Katowice

pójdzie w stan spoczynku tzn. na emeryturę lub ulegnie redukcji.

Drukiem i nakładem: Jan Kustos w Katowicach w Drukarni „Gazety Robotniczej" w Katowicach. — Redaktor odpowiedzialny: Jan Kustos, Katowice.